

Der ADGB-Kongress geschlossen

Die Opposition zu den Bildungsfragen — Der wirtschaftskriegerliche Auslang

5. Verhandlungstag

Hamburg, den 7. September.

Zu Beginn des letzten Verhandlungstages wollte der oppositionelle Delegierte Friedel dem Kongress die Mitteilung machen, daß er von seinem Unternehmer wegen Teilnahme am Kongress fristlos entlassen wurde. Das Prädikum gestattete jedoch dem Delegierten Friedel nicht, diese Tatsache mitzutragen, jedenfalls weil sie zu schlecht zu der Theorie der Wirtschaftsdemokratie passt.

Es wurde zunächst die Diskussion über das Bildungsreferat fortgesetzt und als erster Redner sprach der oppositionelle Delegierte Kraus, Stuttgart. Er führte aus:

"Wenn wir uns den Rechtfertigungen des Referenten ansehen, so muß festgestellt werden, daß insbesondere in bezug auf das staatliche Schulwesen nicht von Fortschritten gesprochen werden kann. Ueberhaupt hat der Referent nur ungenügende Auseinandersetzungen gefestigt. Bei der Fülle des Materials kann ich nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern werde nur zwei wichtige Fragen behandeln:

Bei der Betrachtung des staatlichen Schulwesens sehen wir, daß solange das kapitalistische System besteht, das Schulwesen nur die Festigung und Sicherung dieses Systems dient. Das meistein zunächst einmal die Lehrpläne, die wie in den Volksschulen haben, model nicht vergessen werden soll, an den Kampf gegen das Reichskultusgesetz und des Konfordes in Bayern zu erinnern. Bei dieser Gelegenheit ist auch auf die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei und damit auch der Gewerkschaften zum religiösen Sozialismus hinzuweisen. Der Kampf gegen das staatliche Schulwesen bedeutet gleichzeitig den Kampf gegen den kapitalistischen Staat. Die Gewerkschulen müssen der Erziehung zu bewußten Klassenkämpfern dienen. Das gleiche gilt auch für die in Kräfte des Klassenkampfes stehende, die unbedingt auf die Basis des Klassenkampfes stehen müssen.

Eine weitere Bildungsmöglichkeit ergibt sich durch die Gewerkschaftspresse, die entsprechend ausgebaut werden muß. Es muß unterbleiben, die Mitglieder mit den Illusionen der Wirtschaftsdebatte vom sozialen Volkskrieg trennen. Weiter muß aus der Gewerkschaftspresse die Bevölkerung der Koalitionspolitik verschwinden.

Die Gewerkschaften müssen auch die Entsendung von Schülern zu den staatlichen Wirtschaftsschulen solange ablehnen, solange die Gewerkschaften nicht die Kontrolle, d.h. den Einfluß auf das Lehrprogramm und die Lehrfrage haben. An der nur bürgerliche Schule ist dies nicht möglich.

Doch von solchen Höchststufen Gewerkschaftsmitglieder nicht als Marxisten wiederkommen, ist jedem klar. Ein Hauptaugenmerk muß auf den Literaturkrieger gerichtet werden. Es darf nicht gehen, wie es die Bergbaugesellschaft des ADGB möchte, daß sie Bilder zum Verkauf anbietet und für das amerikanische Ford-System Propaganda macht. Das bedeutet seine Förderung im Sinne der sozialistischen Erziehung. Wir verlangen daher, daß mit Büchern und Schriften verhindert werden, die im sozialistischen Sinne geschrieben und mit sozialistischem Geiste erfüllt sind. Außerdem verlangen wir die Heraushebung der Preise für Bücher und Zeitschriften, damit sie auch von den Arbeitern gekauft werden können.

Zum Schluss sei noch auf folgendes hingewiesen: Kein Tagungsordnungspunkt ist auf dem ganzen Kongreß behandelt worden, in dem man nicht über die oppositionelle Richtung hergefahren ist. Der Referent glaubte sagen zu müssen, daß die kommunistische Gewerkschaftsarbeit nicht vom Vortag für die Gewerkschaften ist. Wie wenden uns natürlich mit aller Entschiedenheit gegen diese Behauptung, denn wir sind in der Lage, den Nachweis der erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit der kommunistischen Ortsverwaltungen zu erbringen. Trotzdem wird das nicht anerkannt und dadurch ist der Beweis erbracht, daß die schrofen Worte des Kollegen Siegler, Breslau, und des Bundesvorstandesmitglieds Graumann, die sie beim ersten Punkt der Zusammendrängung geäußerten, nicht den Tatsachen entsprechen. Dort erklärten sie nämlich, daß kein Kommunist in den Gewerkschaften hindern wird, seine politische Meinung zum Ausdruck zu bringen und sich gewerkschaftlich zu betätigen. Man bekommt wirklich manchmal das Gefühl, daß es eben unangenehm ist, wenn von kommunistisch besetzten Ortsverwaltungen Erfolge zu verzeichnen sind. Trotz der Herabsetzung und Herauswidrigung unserer erledigten Arbeit werden wir nach wie vor als Kommunisten in den Gewerkschaften unsere Pflicht erfüllen." (Höhnisches Geschäft der Bürokratie.)

Nach Reichtmann, Hamburg, und Ulrich, Berlin, sprach der Delegierte Minns, Dresden, der gegen den DFB-Vorstand polemisierte, weil dieser gegen die Frankfurter Arbeitschule stand. Er drängte zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften nicht vom Sozialismus erziehen, sondern für den Tagessieg kämpfen sollen.

In seinem Schlusswort sprach Hecker bereits dankend davon, daß Seering die Technische Röhrhalle aufgelöst habe. (In Wirklichkeit sprach Seering nur von Ersparnissen vom Etat der Technischen Röhrhalle.)

Es folgte die Wahl des Bundesvorstandes, bei der die Reformisten ihre internen Differenzen auf offener Szene austritten.

Auf der Vorschlagsliste sahen nämlich neben dem franken Küdel (Textilarbeiterverband) die bisherigen Vorstandsmitglieder Brunner (Verkehrsverbund), Fert (Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband) und Sabath (Befleldungsarbeiterverband).

Zunächst forderte Schuhmann vom Verkehrsverbund die Wiederwahl Brunnens, da sonst die Transportarbeiter mit insgesamt 800 000 Mitgliedern, die 20 Prozent des gesamten ADGB ausmachen, überhaupt keine Vertretung im Bundesvorstand mehr haben.

Dann befürwortete sich ein Vertreter des Befleldungsarbeiterverbandes, daß sie jetzt nicht mehr im Vorstand vertreten wären, da Sabath ohne Verhandlung mit der Verbandsleitung auf eine Wiederwahl (angeblich freiwillig) verzichtet habe. Er schlägt statt dessen Martin Weiß vor.

Auch ein Vertreter des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter forderte die Wiederwahl Baders.

Für die Opposition gab der Delegierte Friedel eine Erklärung ab, die wir am Sonntag bereits veröffentlicht haben. Simon (Schuhmachersverband) sprach dann gegen die Abstimmung des Vorschlags der genannten Verbände.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat:

Vorsitzende: Leipart (267), Müller (274), Graumann (272).

Secretary: Egger (272), Knoll (239).

Redakteur: Umbrecht (274).

Kassierer: Kubis (276).

Beisitzer: Tarnow (245), Reichel (267), Beuches (229), Bernhard (217), Janisch (240), Möhler (191), Schröder (219), Georg Schmidt (167).

Auf Beiderhand stimmten nur 60 Prozent der Delegierten.

Bei der Abstimmung der noch verbliebenen Anträge wurde die Unterstützung sämtlicher oppositioneller Anträge abgelehnt.

Eine Erhöhung des Bundesbeitrages um 60,6 Prozent wurde gegen die Opposition beschlossen. Der Beitrag beträgt jetzt monatlich für männliche Mitglieder 2,5 Pf., für weibliche Mitglieder 1,25 Pf.

Unter den weiteren Anträgen, die angenommen wurden, ist hervorzuheben eine Statutenänderung, wonach einzelne Personen keine Anträge mehr zum ADGB-Kongress stellen können.

Gegen 20 Stimmen wurde eine Statutenänderung beschlossen, die besagt, daß Verbände mit mehr als 300 000 Mitgliedern 2 Vertreter, und Verbände mit mehr als 600 000 Mitgliedern 3 Vertreter im Bundesauschuß erhalten sollen.

Abgelehnt wurde ein Antrag des Baugewerksbundes, die Uebertrittszeit von einem Verband zu dem anderen von drei Monaten auf vier Wochen zu verringern, weil das, wie Tarnow erklärt, organisatorische Verwirrung ergeben würde. Der Gründer des Antrenges, Otto, Hamburg, verteidigte sich besonders daran, daß auf den großen Bauplänen, wo es oft keine gewerkschaftliche Zuständigkeit gäbe, ein Zimmersplatz für "unorganisierte Kommunisten und derlet Geellschaft" wäre, um die Annahme des Antrages den Kampf gegen die Kommunisten erleichtern würde.

Angenommen wurde der Antrag, der sich für den 1. Mai als gesetzliches Feiertag ausspricht.

Ein Antrag, der die Sicherung einer bestimmten Anzahl von Reichstags- und Landtagsmandaten für die Gewerkschaftsführer beabsichtigte, wurde abgelehnt, da die Gewerkschaften ja SPD in einem so berüchtigten Verhältnis (Zwischenzeit: "Augen Sache") standen, daß hier eine besondere Festlegung nicht nötig sei.

Einige Anträge zur Wohnungfrage, die die Bauarbeiter und Zimmerer gestellt hatten, wurden abgelehnt, da die Sicherungnahme des ADGB zur Wohnungfrage bekannt sei.

Ein Antrag des DVB, daß Mitglieder einer dem ADGB angehörenden Organisation nicht zum Uebertritt in eine andere Gewerkschaft verpflichtet sein sollen, wenn er in gemeinschaftlichen oder konsumgenossenschaftlichen Betrieben, in sozialpolitischen Einrichtungen oder bei Behörden beschäftigt sind, wurde abgelehnt.

Unter den üblichen Schlußreden sind die Aussführungen von Schuhmann (Verkehrsverbund) erwähnenswert, der zunächst dem Hamburger Senat für das Rechtsextremismus und dann sagte: "Rasch mit ein mitbestimmendes Glied des neuen Staates geworden sind, haben wir das Recht, unsere Stellung am Staate einer gründlichen Revision zu unterziehen. Dieser Staat ist unser Staat!"

Mit dem Abschluß des Sozialistenmarktes wurde dieser ADGB-Kongress geschlossen.

Der arme enttäuschte Vorwärts

Von Horst

Das Eigenartige am Kellogg-Pakt ist: er ist gar kein Pakt, er ist ein Versprechen, das nichts kostet. Die Herrn Minister vom 11. Staaten "achten den Krieg".

Aber sie rütteln munter weiter: Hermann Müller baust Panzerkreuzer und andre Kriegsschiffe, England macht Bomberfliegermanöver über London (später Moskau!), Frankreich mobilisiert die geliebte Volksfront vom Kind bis zum Greis für den nächsten Krieg, Amerika, die Mutter des rächtlichen Friedensengels, des Kellogg-Paktes, daubt die häßliche Kriegsschotte der Welt.

Am 27. August 1928 wurde der Kellogg-Pakt offiziell unterschrieben. Die dritte "Weltwendung" brach an. Wenigstens der erste Schritt dazu.

Erste Weltwendung am 29. August 1924: Die Straßen der Davies-Sonne lebten in den rationalisierten Betrieben das laufende Jahr in Bewegung und hätten die Rassenherrschaft der Unternehmer.

Zweite Weltwendung am 27. November 1925: Der berühmte Rococo-Stil brach herein.

Dritte Weltwendung am 27. August 1928:

"Es wäre keine Übertreibung zu sagen, daß wir seit gestern in einem neuen Zeitalter und in einer neuen Welt leben". (Vorwärts vom 28. 8.)

Nämlich, wenn der Krieg in Zukunft unmöglich würde. Der Pakt sei der erste Schritt dazu. "Es zieht unsere eigene Kraft unterstreichen, wenn wir sagen wollen, der Kellogg-Pakt bedeutet Frieden" (Vorwärts vom 28. 8.)

Wie alle weltumstürzenden Ereignisse kam der Kellogg-Pakt unter großen Weinen. Niemand wollte sich ihm niemand annehmen — außer Hermann Müller und Mussolini — dem sozialdemokratischen Reichsamt und dem Reichskanzlerhauptling, die als erste den Friedensschluß feierten. Frankreich und England schlossen einen Kriegsbund. Sie poschten auf den Kriegsartikel 16 des Völkerbundes. Sie wollten sich das Recht zum Krieg gegen Sowjetrußland nicht nehmen lassen. England, stolz entzweit, bestand auf seiner "Kulturmission" (Bombenabwürfe usw.) in seinen Kolonien und Mandatrländern. Frankreich verlangte "Sicherheiten" vor Deutschland, sein Recht auf Sanktionen und die Weitergeltung seiner Kriegsbündnisse auf dem Kontinent. Schließlich unterstießen beide dem Kellogg-Pakt, die "Achtung des Krieges", nur mit dem kleinen Vorbehalt, weiter Krieg zu führen zu dürfen.

Alles war in Ordnung. Der Vorwärts jubilierte. Er bereitete eine große "Entlarvungskampagne" gegen die Sowjetunion vor, die als einziger Störenfried rücksichtslos den Kellogg-Pakt bekämpfte. Die Sowjetregierung, den durchgreifenden Abstimmungsvorschläge von den Imperialisten und Sozialimperialisten sämlich abgelehnt worden waren, zeigte, daß dem Pakt jede Verpflichtung zur Abstüzung fehlt und folglich die "Achtung

"nur eine leere Phrase sei, daß der Pakt nur Kriege, als Werbung nationaler Politik" äußert, aber andere Kriege, gleichermaßen Interventionen, Plünderungen, militärische Beschießungen fremder Gebiete usw. zuläßt, daß der Kellogg-Pakt nicht friedliche normale Beziehungen zwischen den Völkern kategorisch verbietet. Die Sowjetregierung zeigte, daß die Vorbehalte Englands und Frankreichs selbst die "moralische" Kriegsdrohung aufwirkt. Was lag näher, als daß die Sowjetregierung den Pakt ablehnen werde. Das wäre für den Vorwärts das Schlimmste an der angelegten Weltwendung gewesen. 40 bis an die 50 Jahre beauftragte imperialistische Räuber würden "den Krieg ändern", aber der Vertreter des Arbeitersstaates, der Sowjetunion, würde seine Unterherrschaft verweigern.

Da kam die große Enttäuschung, die die ganze Suppe der "Weltwendung" versetzte: Die Sowjetregierung unterschrieb den Pakt. Aber während die kapitalistischen Minister mit heuchlerischen Kommentaren zum Pakt ihre Kriegsvorbereitungen verdeckten, entblößte die Sowjetregierung die Unrechtmäßigkeit des Paktes, seine Verlogenheit, seine Beschränktheit.

Wenn ein Staat das Recht hat, von der "Kriegsauctio" zu reden, um diesen verschreckenden Ausdruck der Bourgeoisie zu gebrauchen, so ist es einzugs und allein die Sowjetunion, die nicht nur durch ihren Vorschlag auf vollständige Abstüzung in Genf, sondern durch ihre gelebte Praxis, durch ihr gewaltiges, friedliches, logistisches Aufbauwerk beweist, daß nur sie den Frieden will. Die Sowjetregierung schlug den Sozialimperialisten das billige Argument aus der Hand, als wollte sie durch Nichtunterstreichung des Kellogg-Paktes sich für den Krieg die Hände freihalten. Sie unterstrichen, ohne aufzuhören, weiter die Friedensbeschwerde des Imperialismus, die Hendekette des Kellogg-Paktes vor aller Welt anzuzeigen, wobei sie gleichzeitig die Gewaltige der Imperialisten, den zentralen Gegensatz zwischen Amerika und dem englisch-französischen Block ausspielt, der sie eine friedliche Weltgemeinschaft gewünscht. Die Sowjetregierung hat verstanden, den angreifenden Imperialisten und ihren Sozialdemokraten durch ihre Unterstrich des Kellogg-Paktes eine Niederlage beigebracht. Der Vorwärts mag es nicht, die Sowjetunion auch nur auszugemeine abdrucken. Die Sowjetregierung hat es verstanden, zu unterschreiben, ohne sich an dem Verbrechen der Verleidung der Kriegsvorbereitung zu beteiligen. Sie hat unterschieden, ob in geringsten ihre proletarischen Grundlagen aufzugeben.

Die Panzerkreuzerjägerlinien, denen die sowjetrussischen Zelle weggeschwommen sind, haben nicht nur durch ihre Panzerkreuzerpolitik, sondern ebenso durch ihre Panzerkreuzerpolitik und die Sowjetregierung des Kellogg-Paktes ihre Kriegsabsichten bewiesen, denn zur Vorbereitung des Krieges gehören ebenso die Panzerkreuzer, wie die Friedenspolitik, die die Panzerkreuzerpolitik vor den Waffen verdecken soll.

Das anfangende Bildungsgefecht des wirtschaftlich hungrigen proletarischen Künstlers... Die Gesellschaft kann wieder lachen. Also, ein sommerliches Kammerstück. Gute Regie Robert Walberg's ist sehr auf Wirkung bedacht und versteht die innerlichen Lüste zu überdecken. Walberg ist auch beliebter Regisseur als Darsteller des Freuden, wenngleich die Szenen als zornischer Verungeist ihm gut gelungen sind. Sehr menschlich gibt Johannes Steiner den Künstler, macht ihn sympathisch und läßt ihn wahr erscheinen. Die kleine Frau wird nicht ganz feinfühlig von Susanne Hein aufgezehrt, sie ist zu sehr jugendliche Naivität, zweifellos jedoch entzückend lächig. Ausgezeichnet ist Max Reitz als Theaterdiktator. Er erzwang sich Beifall mitten im Aufführung. Gut wirkt Elisabeth Huch als ewig in Bewegung befindliche Göttin. Wirklich schlecht ist eigentlich nur der Sohn, Hanns Nagl, der mehr als überflüssig scheint. In kleinen Rollen bemühen sich geliebt von der Kritik eingeholt, der arme Dichter Paul Kainer (das Lehrstückleiste), Wilhelm Schulz des Stückschreibers, der Chauffeur Max Jähnig, Lisele Netter als begleitete Tochter, Jule, außerdem Edith Wiese, Otto Blochfeldt und Hans Leckeler. Das Publikum freute sich über Darstellung und Tempo, und lächigte entsprechend. Im Vergleich mit dem staatlich anerkannten "Unter den Bäumen" war es allerdings ein extragöcherlicher Abend. Über alles noch Sommerspielplan... zeitgemäß... Witwerherzommer.

Die Komödie

warnt ihrem Publikum jetzt mit einer Falle auf, deren Handlung in die Zeit um die "Freiheitskriege von 1813" verlegt ist. Man sieht das an den Kostümen, Nonnenkloster, Theater und Karmelitenhof sind der Hintergrund der Geschichte. Da ist der Organist Celestin, der die Jöslein der Klosterschule im Gesang unterrichtet (Heinz Fischer). Nebenbei schreibt er ein Operettenskript und komponiert die notige Musik dazu, wobei er verzerrt, daß ihm große "Borginger", Joh. Strauß, Osendorf (u.a.) behilflich sind. Nach vielen komischen Szenen und Her wird kein Werk ausgeführt — nichts logischer, als daß die Hauptdarstellerin aus getöteter Ehre und weil sie sich von Celestin verraten weiß mitten während der Premiere "freizellt". Dafür springt Mamzelle Ritouche, ein edliches Fräulein, das der Organist am gleichen Abend zwecks Heirat nach Paris begleitet soll, ein und bringt sich einen Erfolg. Deshalb vergessen beide den Zug nach Paris, geraten auf unerklärliche Weise, oder weil damals das

Militär mit Polizeigewalt ausgeholt war, in die Kasernen des 27. Husaren-Regiments. Dort — große Wiedersehenszene und Heiligabend, in das der kommandierende Major hineingerät. Celestin und seine Partnerin verkleiden sich als "große Reiterleute" und entrinnen den Armen und der Reitpolizei des aufgebrachten Kommandanten, den übrigens Haie glänzend kopiert. Schließlich ergibt sich aus den ganzen Verwicklungen ein "happy end", das von der Bühne aus zur Entfaltung eines frenetischen Feuerzündens des vorgerissenen Publikums benutzt wird, indem die Schauspieler mit dem Klatschen beginnen.

Die Aufführung, reich mit Gelang und Lust ausgestattet, war im Darstellerischen, sowohl die Rollen der Großen (Gott aus Berlin), des mutig ausschreitenden Majors Alfred Haies, des Celestin-Erik Albers und des leichleiblichen Lieutenant Wolf Kersens in Betracht kommen, gut gelungen. Die Musik blieb im Rahmen der üblichen, bei jenen Rollen gewohnten "Komödien". Dem Inhalt des Stücks darf man zufolge folgende Zellen-Rondo-Bordos (im Programmheft nachzulesen) entnehmen: "Zur Kriege und Geliebten, das deutsche Theaters"; "... ein Kulturtheater ist nur dann ein Kulturtheater, wenn es ein Publikum hat. Und wenn es ein Publikum hat, dann ist es wieder ein Kulturtheater. Mit der Kultur Geschäfte zu machen, das ist die erste Pflicht des Theaters!" Exports mit weiterem.

Im "Bischof" (Vo Traviata) sang Tino Wattler am Freitag in der Staatsoper den Alten. Damit begannen seine Dresdner Gastspiele, die er neben Wiener und Berliner Verpflichtungen durchführte. Am 1. Alt schenkte sich von Alt zu Alt die Stimme des Sängers, und in dem berühmten Duett mit der berühmten Violetta (4. Akt) sich fast zur alten, strahlenden Schönheit zu erheben. Eine gewisse Fortsetzung in der Höhehaltung war freilich nicht zu verleugnen. So (scheinbar) müdeles wie früher läßt sich die Stimme nicht. Auch hat der Sänger das Kostüttieren mit der fremdländischen Sprachfarbung an sich eine Freiheit, nicht unangenehmer Tino-Reis für "Bischof" wiederum aufzuführen ins Kraut läßt. Er erhält, und neben ihm besonders Julia Köhler und Kurt Schell. — "Violetta" von Giulio Cesare Bettini, oder vielmehr: "s' Legtbuch zu Violetta" von G. R. Biava, aufspielt in einer Weise bürgerlich-verlogener Sentimentalität, doch es von uns nicht betrachtet werden darf. Bettini hat den Schmähszenen durch sein musikalisch-sentimentale zur Kunst erhoben. Die Staatsoper war neben den Sängern der vorzüglichste Anwalt.